

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 15. September 1950

Nummer 38

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die „Stahlquote“ und die Stahlversorgung Westdeutschlands

In der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Industriewirtschaft beginnt ein neuer Abschnitt. Sein Hauptmerkmal ist eine zunehmende Knappheit an Erzeugnissen der Eisen schaffenden Industrie. Einer wachsenden Nachfrage nach Stahl im Inland und in jüngster Zeit auch vom Ausland her steht ein Angebot gegenüber, das nicht entsprechend aus ge weitet werden kann.

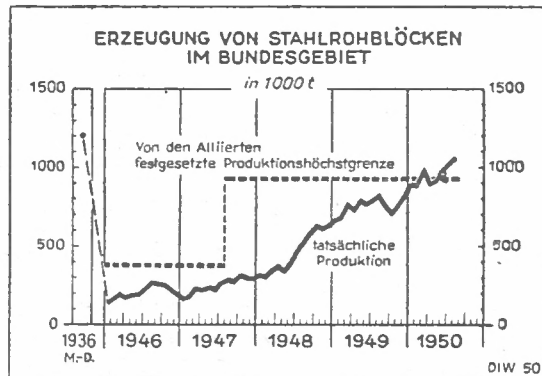
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beschäftigt sich im folgenden mit der neuen Lage am Stahlmarkt und knüpft dabei an seine früheren Untersuchungen, insbesondere an die zwischen den beiden Weltkriegen gepflegte laufende Berichterstattung über die Stahl wirtschaft, wieder an.

Der erste „Industrieplan“ vom März 1946, der die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten in bezug auf die Industrie auszuführen hatte, sah eine drastische Beschränkung der Stahlproduktion in Deutschland vor. Die künftige Erzeugung wurde auf 5,8 Mill. t Rohblöcke oder 30 vH der Friedenshöhe (1936) begrenzt. Für diese Maßnahme war die Überlegung ausschlaggebend, daß Stahl nicht nur der wichtigste Werkstoff für die Rüstung, sondern auch der bedeutendste Grundstoff für jede moderne Friedensindustrie ist. Da Deutschland aufhören sollte, ein Industrieland zu sein, war es durchaus folgerichtig, den Hebel beim Stahl anzusetzen.

Nachdem sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß Deutschland nur mit Hilfe einer ausreichenden industriellen Tätigkeit am Leben erhalten werden konnte, wurden die Produktionsbeschränkungen gemildert. Der zweite „Industrieplan“ vom August 1947, dessen Bereich sich allerdings nur auf die Bizone erstreckte, setzte die Stahlquote auf 10,7 Mill. t oder 72 vH der Friedenshöhe (1936) fest. Diese Produktionsmenge sollte nach Meinung der Alliierten ausreichen, um eine gesamte industrielle Produktion im Umfang von 1936 und eine entsprechende Versorgung der übrigen Eisenverbraucher zu sichern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat seinerzeit¹⁾ berechnet, daß bei dieser Zielsetzung des zweiten Industrieplanes (Industrieniveau nicht größer als 1936) das Aufkommen an Eisen und Stahl zwar den Inlandsbedarf

der Bizone und eine direkte Ausfuhr in Vorkriegshöhe gerade noch befriedigen würde, daß aber irgendwelche nennenswerten Mengen Walz- und Gußeisen zur Abgabe an das übrige Deutschland nicht mehr zur Verfügung stehen würden — ein im Hinblick auf eine spätere Wiedervereinigung Deutschlands außerordentlich bedenklicher Aspekt.

Nach der wirtschaftlichen Zusammenlegung der drei Westzonen wurde die Höchstgrenze der Produktion auf 11,1 Mill. t abgeändert. Diese Quote ist seither in allen Verhandlungen, Gesetzen und Verträgen (zuletzt im Gesetz Nr. 24 der Alliierten

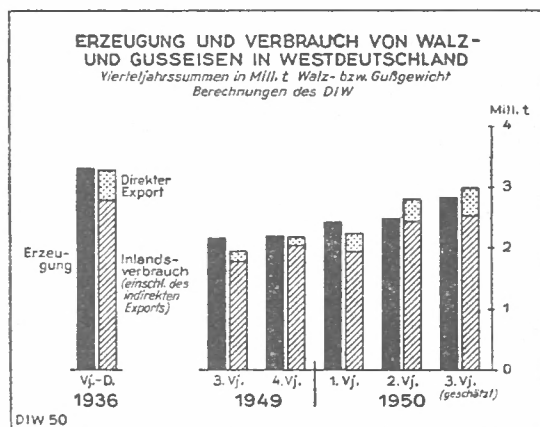


ten Hohen Kommission vom 30. März 1950 und der hierzu erlassenen Durchführungsverordnung Nr. 6 vom 8. Mai 1950; ebenso in den ersten Erklärungen zum Schuman-Plan) immer wieder bestätigt worden, obgleich die Ziele der alliierten Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland in der

¹⁾ Vgl. F. Seume und K. G. Mahnke: „Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie nach dem Bizonen-Plan“. Einzelschrift Nr. 32 des DIW, Dezember 1947, S. 22 ff.

Zwischenzeit andere geworden sind. Die Einbeziehung Deutschlands in das „European-Recovery-Program“ bedeutete im Grundsatz einen Verzicht auf jede Beschränkung der industriellen Tätigkeit, da die Bundesrepublik nur mit einer sehr viel größeren Produktion als 1936 „lebensfähig“ gemacht werden könnte. Doch setzt die Bestimmung einer Produktionshöchstgrenze gerade bei Stahl eine absolute Schranke für eine solche auch im europäischen Interesse als notwendig anerkannten Ausdehnung der deutschen Industriewirtschaft über den Umfang von 1936 hinaus.

Die abträgliche Wirkung dieses Gegenspiels von alter Besatzungspolitik und neuer europäischer Wirtschaftspolitik im Sinne des Marshall-Plans zeigte sich solange nicht, als Angebot und Nachfrage auf dem deutschen Stahlmarkt die „Quote“ noch nicht ausschöpften. In diesem Sommer jedoch ist der aus der zugelassenen Produktion sich ergebende Sättigungsgrad erreicht worden. Die Stahlerzeugung überschreitet seit einiger Zeit die Obergrenze von durchschnittlich 925 000 t (Rohblockgewicht).¹⁾ Inlandsverbrauch und Ausfuhr sind indes stärker gestiegen. Vom Frühsommer an konnte die Nachfrage nicht mehr aus der laufenden Produktion (und einer unbedeutenden Einfuhr) allein gedeckt werden. Zum Ausgleich mußten die Lagerbestände des Handels sowie der Verarbeiter und Verbraucher herangezogen werden.



Nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung haben im 2. Quartal 1950 aus der laufenden inländischen Erzeugung im Monatsdurchschnitt knapp 830 000 t Walz- und Gußeisen zur Verfügung gestanden — nur rd. 10 000 t weniger, als die bislang geltende Stahlquote in Walz- und Gußgewicht ausgedrückt zuläßt.²⁾ Demgegenüber kann der Inlandsverbrauch mit 810 000 t und die direkte Ausfuhr³⁾ mit weiteren 125 000 t im Monatsdurchschnitt des 2. Quartals angenommen werden. Dazu tritt noch eine geringe Menge Eisen und Stahl für den Interzonenhandel. Im 3. Viertel dieses Jahres hat sich das Defizit voraussichtlich etwas vermindert: Aus der laufenden Produktion werden im Monatsmittel schätzungsweise 940 000 bis 950 000 t (Walz- bzw. Gußgewicht) anfallen; Inlandsverbrauch und Export dürften im Durchschnitt rd. 1 Mill. t erreichen.

¹⁾ Die Vorschriften der Alliierten bestimmen, daß die Rohblockerzeugung im sogenannten „Eisenwirtschaftsjahr“ vom 1. Oktober bis 30. September im ganzen 11,1 Mill. t betragen darf. Die über den Monatsdurchschnitt von 925 000 t hinausgehende Mehrproduktion im Laufe dieses Kalenderjahres wird durch die Unterschreitungen im 4. Quartal 1949 ausgeglichen.

²⁾ Der Produktionsgrenze von 925 000 t für die Stahlrohblockgewinnung entsprechen unmittelbar etwa 670 000 t Walzwerkserzeugnisse. Dazu kommt eine durch das in den einzelnen Verwendungsbereichen des Eisens enge Verhältnis von Walz- und Gußeisenverbrauch bestimmte Menge Eisen-, Stahl- und Temperguß von knapp 170 000 t. Die Produktionsbeschränkung für die Eisen schaffende Industrie einschl. der Gießereien erreicht somit in Walz- und Gußeisengewicht 840 000 t.

³⁾ Die Ausfuhr von Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie (die „indirekte“ Stahlzufuhr) ist im Inlandsverbrauch mitgezählt.

Der Eisen- und Stahlverbrauch in Westdeutschland¹⁾

Berechnungen des DIW

Monatsdurchschnitt	Eisen und Stahl verarbeitende Industrie ²⁾	Sonst. Abnehmer von Walz- und Gußeisen ³⁾	Inlandsverbrauch an Walz- und Gußeisen insgesamt ⁴⁾	
			1000 t Walz- bzw. Gußgewicht	1936 = 100
1936	625	290	915	100
1949 3. Vj.	385	215	600	66
1949 4. Vj.	455	230	685	75
1950 1. Vj.	460	190	650	71
1950 2. Vj.	550	260	810	88
1950 3. Vj. ⁵⁾	575	260	835	92

¹⁾ Einschließl. Westberlins.

²⁾ Eisen- und Stahlwarenindustrie, Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau usw.

³⁾ Bauwirtschaft, Verkehr, Bergbau usw.

⁴⁾ Der Inlandsverbrauch umschließt auch die „indirekte“ Ausfuhr (Maschinen, Eisen- und Stahlwaren, Fahrzeuge usw.).

⁵⁾ Vorausschätzung.

Allgemein wird eine Entlastung des Stahlmarktes von der Aufhebung der geltenden Stahlquote durch die gegenwärtig tagende Außenministerkonferenz erwartet. Diese Hoffnung wäre berechtigt, wenn die Entwicklung der Stahlproduktion allein durch die juristische Schranke der festgelegten Quote behindert würde. Leider gibt es daneben eine praktische Grenze. In den drei Jahren seit der Inkraftsetzung des Bizonenplanes sind die „überschüssigen“ Produktionskapazitäten — d. h. die Anlagen, die zur vollen Ausnutzung der Quote nicht mehr benötigt werden — fast vollständig abgebaut worden. Hatte die technische Kapazität der Stahlwerke 1947 noch rd. 16 Mill. t Rohblöcke betragen, so werden für die Gegenwart Größenordnungen von nur mehr 14,5 bis höchstens 15 Mill. t genannt. Da normalerweise etwa 80 vH der technischen Kapazität als auf die Dauer ausbringbare Produktionsleistung angesehen werden können¹⁾, ist bei dem gegenwärtigen Zustand der Anlagen eine laufende Jahresproduktion von rd. 12 Mill. t oder 1 Mill. t im Monat zu erwarten. Überschreitungen dieses Optimums, wie sie in den letzten Monaten zu beobachten sind, können auf die Dauer nicht ohne Schaden für die Anlagen selbst durchgehalten werden. Dabei ist auch zu bedenken, daß ganz im Sinne des ursprünglichen Planes der Alliierten die modernsten und leistungsfähigsten Werke, die eine über das Optimum hinausgehende Ausnutzung längere Zeit hindurch gestattet hätten, bei der Demontage bevorzugt worden sind. Die verbliebenen älteren Anlagen sind gegen Überbeanspruchung naturgemäß besonders empfindlich.

Um die gegenwärtige Produktion halten und allmählich steigern zu können, wird unmittelbar nach Aufhebung der bisherigen Beschränkungen

¹⁾ Vgl. hierzu „Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie nach dem Bizonen-Plan“, S. 53 ff.

mit erheblichen Ersatz- und Neuinvestitionen in der Eisen schaffenden Industrie begonnen werden müssen. Der Umstand, daß Kriegseinwirkungen und Demontagen die einzelnen Produktionsstufen und -sparten (z. B. Walzeisenarten) verschieden stark betroffen haben, birgt heute insofern einen Vorteil, als durch Beseitigung einiger Engpässe mit verhältnismäßig geringen finanziellen Mitteln bereits eine beachtliche Erhöhung der Kapazität erreicht werden kann. Die über diese Abrundung und eine gründliche Überholung der vorhandenen Apparatur hinaus erforderliche Neuinvestition werden beträchtliche Summen verschlingen, zumal wenn diese Investitionen einen Umfang annehmen, wie er durch die mutmaßliche Steigerung des Inlandsverbrauchs und der Ausfuhr gegeben sein wird. An Hand der von der staatlichen Wirtschaftsführung für die nächsten Jahre veranschlagten Ausdehnung der industriellen Produktion im allgemeinen und der der Stahlverarbeiter und -verbraucher im besonderen läßt sich überschlägig berechnen, daß der Stahlverbrauch der westdeutschen und der westberliner Wirtschaft von rd.

8,2 Mill. t Walz- und Gußeisen im ERP-Jahr 1949/1950 auf über 17 Mill. t 1955 ansteigen wird. Die direkte Ausfuhr von Walz- und Gußeisen ist dabei noch nicht einbegriffen. Wenn die deutsche Eisenindustrie die für den Inlandsbedarf Westdeutschlands erforderliche Menge allein aufzubringen hätte, müßten um 1955 19 Mill. t Rohblöcke erzeugt werden — d. h. 30 vH mehr als 1936 und rd. 70 vH mehr als bisher zugelassen gewesen ist. Den so berechneten Inlandsbedarf Westdeutschlands, soweit er über die gegenwärtig mögliche Produktion hinausgeht, ganz oder überwiegend aus der Einfuhr zu decken, ist angesichts der angespannten Außenhandelssituation der Bundesrepublik indiskutabel. Nach heutigen Preisen müßten zur vollen Deckung des künftigen Stahldefizits (wieder ohne den Ausfuhrbedarf und den Bedarf Mittel- und Ostdeutschlands gerechnet!) Mengen im Werte von 0,4 Mrd. Dollar jährlich eingeführt werden. Im Vergleich hierzu beträgt die gesamte nicht aus ERP- oder GARIOA-Mitteln finanzierte Einfuhr an Rohstoffen und Halbwaren zur Zeit, auf das Jahr berechnet, 0,8 Mrd. Dollar!

Die Lage der deutschen Strumpfindustrie

Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich mit der sogenannten „Flachstrumpfindustrie“¹⁾ sowie der Strumpfmaschinenindustrie. Beide Fabrikationszweige sind miteinander groß geworden und noch heute eng verbunden. Sie waren bis zum Jahre 1945 fast ausschließlich im Land Sachsen — und zwar im Chemnitzer Bezirk — beheimatet. Aus der Zonentrennung ergaben sich ernste Versorgungsschwierigkeiten für Westdeutschland. Der Aufbau einer eigenen Produktion in der Bundesrepublik ist inzwischen zwar angelaufen, jedoch in völlig unzureichendem Maße. Für die weitere Entwicklung ergeben sich grundsätzliche Fragen, die typisch für die gegenwärtige Situation einer großen Zahl von Wirtschaftszweigen sind, die vor dem Kriege in Mittel- und Ostdeutschland beheimatet waren.

Die sächsische Strumpfindustrie, die vor Ausbruch des letzten Krieges über mehr als 12 000 Cotton-Webstühle mit über 200 000 Fonturen²⁾ verfügte, produzierte im Jahre 1936 rd. 288 Mill. Paar Strümpfe (im Jahre 1928 waren es rd. 420 Mill. Paar). Mit dieser Erzeugung konnte neben der Deckung des innerdeutschen Bedarfs noch ein beachtlicher Export bestritten werden; etwa ein Drittel der gesamten Fabrikation ging während dieses Zeitraums ins Ausland. Hier erfreuten sich deutsche Strumpfwaren reger Nachfrage, die Markenartikel dieser Branche nahmen sogar eine Monopolstellung am Weltmarkt ein.

Auch die sächsische Strumpfmaschinenindustrie hatte sich zwischen den beiden Kriegen zu einer der leistungsfähigsten ihrer Art in der Welt entwickelt, sie stand den entsprechenden Maschinenbauzweigen von Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtig zur Seite. Ihr wichtigstes Absatzgebiet war die heimische Strumpfindustrie, an deren Aufbau sie durch Kreditgewährung entscheidend mitwirkte. Sie hatte ebenfalls einen verhältnismäßig hohen Exportanteil aufzuweisen.

Kriegszerstörungen und Demontagen rissen in beide Industriezweige erhebliche Lücken. Man schätzt, daß im Strumpfmaschinenbau über zwei Drittel der Kapazitäten verlorengegangen sind. In der Strumpfindustrie dürften heute noch etwa 8000 Cotton-Webstühle vorhanden sein — ein Bestand, der angesichts der umfangreichen Demontagen im sächsischen Raum noch verhältnismäßig hoch erscheint. Von dem verfügbaren

Maschinenpark sind jedoch kaum mehr als 10 vH moderne und leistungsfähige Anlagen, der überwiegende Teil ist entweder stark beschädigt — dies kommt bei einer so komplizierten Konstruktion wie dem Cotton-Webstuhl meist einer Zerstörung gleich — oder bereits seit Jahren schrottreif.

Infolge der durch die Demontagen stark verringerten Kapazitäten im sächsischen Maschinenbau ist vorerst keine nennenswerte Neuproduktion an Strumpfmaschinen in der sowjetischen Besatzungszone zu erwarten. Soweit solche Maschinen überhaupt wieder gebaut werden, gehen sie vornehmlich ins Ausland, meist in die Sowjetunion und die anderen Länder des Ostblocks, da diese Staaten lebhaft am Aufbau eigener Strumpfindustrien interessiert sind.

Die heutige Produktionsleistung der ostdeutschen Cottonstrumpf-Industrie ist ebenfalls nicht genau bekannt. Sie hat sich im Laufe der letzten Jahre zwar wieder erhöht, liegt aber noch weit unter dem Vorkriegsstand. Die Erzeugung kommt der einheimischen Bevölkerung nur in geringem Umfange zugute, sie wird vielmehr für den Absatz nach draußen — hauptsächlich nach Westdeutschland — bereitgestellt. Strümpfe sind im Westen sehr begehrt, und die legalen und vor allem die illegalen Lieferungen über die Zonengrenze bedeuten für die Sowjetzone eine beachtliche Einnahme an Westmark und anderen Devisen. Die angebotenen Strümpfe sind jedoch meist von minderer Qualität; z. B. findet als Verstärkung für Sohle und Ferse in der Hauptsache Zellwolle Verwendung, da die Versorgung mit Baumwolle in Mitteleuropa unzureichend ist; hierdurch wird die Haltbarkeit des Strumpfes wesentlich herabgemindert.

¹⁾ Herstellung von Strümpfen mit Naht.

²⁾ Eine Fontur ist eine Webeinrichtung, die einen Strumpf herstellt.

In den Westzonen gab es bis zum Zusammenbruch weder Fabriken, die Strumpfmaschinen bauten, noch war außer einigen wenigen Cotton-Webstühlen eine geschlossene Flachstrumpf-Industrie vorhanden. Um die Bevölkerung wenigstens teilweise aus eigener Produktion versorgen zu können, ging man in Westdeutschland daran, eine Cottonstrumpf-Fabrikation aufzubauen. Die erforderlichen Maschinen wurden zunächst einmal aus dem Auslande bezogen, vornehmlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus der Schweiz. Von Amerika kaufte Westdeutschland meist gebrauchte Maschinen, die z. T. vor mehr als zehn Jahren von Sachsen dorthin geliefert worden waren.

Außerdem wurde damit begonnen, Cotton-Webstühle zu bauen. Bisher haben vier westdeutsche Maschinenfabriken die Erzeugung aufgenommen, ein Werk in Göppingen ist heute bereits in der Lage, monatlich bis zu sechs Maschinen mit rd. 200 Fonturen auf den Markt zu bringen. Der Strumpfmaschinenbau erfordert verhältnismäßig hohe Investitionen, da es sich bei der Herstellung von Cotton-Maschinen um beste Präzisionsarbeit handelt, die eine ziemlich lange Bauzeit erfordert. Bis zum Ende des laufenden Jahres soll der Bestand an Cotton-Maschinen — neu angefertigten und eingeführten alten — auf etwa 300 gebracht werden. Hiermit ließen sich etwa 20 bis 22 Millionen Paar Strümpfe im Jahr herstellen (im Jahre 1949 waren es noch nicht einmal 4 Millionen Paar). Mit dieser Erzeugung können 10 bis 11 Millionen Frauen im Bundesgebiet jährlich je zwei Paar Strümpfe erhalten. Vor dem Kriege betrug der jährliche Durchschnittsverbrauch für jede Frau über 16 Jahre allerdings ein Dutzend Paar Strümpfe.

Die westdeutsche Strumpfindustrie wird also den heimischen Bedarf auch in der nächsten Zeit noch nicht decken können, denn allein, um für jede Frau über 16 Jahre sechs Paar Strümpfe im Jahr zu erzeugen, wären schätzungsweise 1200 Maschinen erforderlich. Der Anschaffungspreis eines 24-fonturigen Cotton-Webstuhles liegt zwischen 120 000 und 125 000 DM. Das bedeutet, daß für die zusätzliche Installation von 900 Maschinen über 100 Millionen DM bereitgestellt werden müßten. Hinzu käme noch der Investitionsbedarf zum weiteren Ausbau der entsprechenden Maschinen-Industrie.

Trotz der umfangreichen Inlandsnachfrage sieht sich die westdeutsche Strumpfindustrie gewissen Absatzsorgen gegenüber. Diese haben verschiedene Ursachen: Die noch mit Anlaufschwierigkeiten kämpfende junge westdeutsche Strumpffabrikation begegnet dem Wettbewerb der ostzonalen Industrie. Etwa seit der Währungsreform kommen in steigendem Umfange Strumpfwaren aus der sowjetischen Besatzungszone herein — teils über den vertraglichen Interzonenhandel, teils aber auch auf unkontrollierten Wegen. Diese Erzeugnisse können die in Westdeutschland hergestellten Strümpfe infolge der Ausnutzung des Wechselkursgefälles im Preis beträchtlich unterbieten.

Eine größere Senkung der westdeutschen Preise wird sich erst nach Erreichung einer umfangreicheren — und damit effizienter gestalteten — Produktion erzielen lassen; dies ist aber erst nach den erforderlichen Betriebserweiterungen möglich.

Zwar ist die Nachfrage am Markte noch so groß, daß das ostzonale Dumping allein nicht den Lebensnerv der jungen westdeutschen Industrie abschneiden kann. Eine wichtige Rolle spielt aber auch die Einfuhr aus anderen Ländern, wobei es sich vornehmlich um Nylonstrümpfe handelt. Dieser Konkurrenz ist die heimische Fabrikation noch nicht gewachsen, da auch die Erzeugung von Nylon bzw. Perlon im Bundesgebiet erst im Aufbau begriffen ist und verständlicherweise eine gewisse Anlaufzeit benötigt, ehe die aus Perlon hergestellten Strümpfe sowohl in der Qualität als auch im Preis den Wettbewerb mit den im Ausland erzeugten voll-synthetischen Erzeugnissen aushalten können.

Die angestrebte Liberalisierung des Handels mit den westeuropäischen Ländern wird der heimischen Flachstrumpf-Industrie noch weitere Erschwernisse bringen, da sich in einigen europäischen Ländern, so u. a. in der Schweiz und in Großbritannien, leistungsfähige, auf Export gerichtete Strumpfindustrien befinden, die bestrebt sind, sich neue Absatzgebiete zu erschließen. Damit stellt sich die Frage eines gewissen Zollschatzes für die junge westdeutsche Fabrikation.

Die westdeutsche Strumpfindustrie dürfte jedoch nach Überwindung der noch vorhandenen Produktionserschwerisse — besonders in der Herstellung von Perlon-Strümpfen — eine beachtliche Zukunft besitzen, zumal die Eigenschaften des deutschen Perlons denen des ausländischen Nyons ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen sind, und da ferner ein breiter deutscher Absatzmarkt vorhanden ist. Ebenso wird der Bau von Cotton-Maschinen in Westdeutschland — nicht allein im Hinblick auf die Ausdehnung der heimischen Strumpffabrikation — auch weiterhin gute Absatzmöglichkeiten besitzen. Die Nachfrage des Auslandes nach diesen Spezialmaschinen ist vorerst noch umfangreich, zumal auch hier Modernisierungsbestrebungen und damit Neuanschaffungen von Maschinen wie in anderen Zweigen der Textilindustrie zu verzeichnen sind.

Sowohl im westdeutschen Cotton-Maschinenbau als auch in der Strumpffabrikation werden in erheblichem Umfange Flüchtlinge aus der Ostzone oder aus dem Sudetenland beschäftigt (in den Sudeten war die Strumpferstellung gleichfalls heimisch), deren wertvolles Fachwissen bei einer andersartigen Beschäftigung brachliegen würde. Auch in Westberlin könnte der Bau von Cotton-Maschinen fachlich geschulten und erfahrenen Flüchtlingen aus dem Osten eine Existenz geben. Darüber hinaus wäre es möglich, aus dem Reservoir der hochqualifizierten Facharbeiter des ehemals umfangreichen Berliner Maschinenbaues, die heute zum großen Teil arbeitslos sind, Arbeitskräfte heranzuziehen, die nach verhältnismäßig kurzer Anlernzeit mit den besonderen Methoden des Cotton-Maschinenbaues vertraut gemacht werden könnten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß für die behandelten Industriezweige sowohl in der Bundesrepublik als auch in Westberlin gute Aufbaumöglichkeiten bestehen, daß aber, solange die politische und wirtschaftliche Lage in der sowjetischen Besatzungszone ungeklärt ist, keine Entscheidungen über die endgültig anzustrebenden Produktionskapazitäten getroffen werden können.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6. Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Georg Garbe, Berlin-Wilmersdorf, Koblener Str. 6. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. B234SB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1949										1950						
			Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli		
			25	24,5	26	27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	24	25,5	26	
Anzahl der Werktage:																			
Bank deutscher Länder	DBR	Mill. DM	E	1448,4	1335,8	1221,7	1123,1	990,1	1070,3	986,6	833,9	724,6	642,5	657,6	803,4	892,7	1161,5	1317,8	
Guthaben bei ausl. Banken ¹⁾	"	"	"	1774,1	1521,4	1380,3	1440,7	1057,6	1120,3	1045,9	755,2	913,3	528,5	519,5	482,9	417,6	¹³⁾ 20,9	¹³⁾ 19,6	
Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts (Aktiva)	"	"	"	768,6	664,7	798,7	1309,2	1621,0	2103,5	2505,3	2820,5	2946,6	2883,0	3139,8	3010,9	2850,1	¹⁴⁾ 2739,1	¹⁴⁾ 2667,8	
Wechsel und Schecks	"	"	"	788,7	887,9	1000,7	983,4	1130,9	1035,6	1144,9	1463,9	1491,8	1618,1	1458,4	1152,7	1098,6	1530,0	1417,2	
Lombardforderungen	"	"	"	5431,4	5638,5	5691,4	5695,5	5663,8	5848,5	5613,9	5875,7	5776,2	5837,2	5696,4	5808,1	5804,6	5776,5	5911,6	
Forderung geg. d. öff. Hand	"	"	"	1258,5	1165,3	1178,8	1147,4	997,5	1082,1	993,6	860,1	1151,0	1123,3	955,9	779,5	949,4	¹⁵⁾ 2791,7	¹⁵⁾ 2674,3	
Einlagen, insgesamt	"	"	"	6802,7	6974,0	7107,4	7222,3	7453,2	7476,9	7386,0	7737,5	7609,7	7689,8	7828,3	7981,1	7936,4	8160,0	¹⁶⁾ 8238,0	
Zahlungsmittelumlauf ²⁾	"	"	"																
Geldvolumen ³⁾	DBR	Mill. DM	S	20162	20520	20944	21218	21480	22298	22528	22539	22991	23376	23744	24409	25097	27119	.	
Insgesamt	"	"	"	13687	13776	13931	14040	14040	14830	14940	14807	15252	15605	15699	16351	17008	18834	.	
dar. Bankseinlagen	"	"	"	7240	7258	7160	7440	7643	7966	7980	7991	7589	7402	7476	7708	8017	7937	.	
dar. Sichteinlagen	"	"	"	113	191	325	363	411	408	610	402	540	481	625	498	580	557	.	
Nichtausgewies. öff. Giroguthab.	"	"	"															.	
480 Kreditinstitute ⁴⁾	DBR	Mill. DM	E	4950,7	5087,5	4972,5	5014,7	5184,3	5199,1	5179,5	5319,0	5148,8	5257,1	5274,1	5474,5	9591,5	9620,0	9985,9	
Einlagen	"	"	"	1507,8	1604,2	1812,7	2007,3	2126,4	2432,8	2611,2	2611,0	2610,7	2659,4	2666,9	2599,9	7703,9	7836,8	7942,0	
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	993,9	1079,5	1164,1	1080,1	1097,4	933,0	777,3	893,7	878,2	887,8	907,2	970,5	2760,6	2818,3	2879,2	
Wechsel, insgesamt ⁵⁾	"	"	"	10,8	9,7	9,6	35,9	33,7	55,5	110,3	95,8	94,2	99,8	124,5	159,4	360,2	385,7	353,4	
Schatzwechsel u. unverz. -anweis.	"	"	"	291,8	281,4	140,2	127,3	169,8	102,5	87,1	154,7	95,9	74,0	78,3	99,8	84,0	65,6	86,8	
Überschufreserve ⁶⁾	"	"	"																
Finanzen	DBR	Mill. DM	S	1251,7	1224,1	1369,5	1224,1	1090,8	1449,1	1300,3	1241,6	1551,1	1163,7	1272,8	1208,2	1099,4	1273,7	1065,7	
Kassenmäß. Einnahm. a. Steuern, Zöllen und Abgaben, insgesamt ⁷⁾	"	"	"	909,6	861,5	1060,8	859,4	747,9	1087,7	907,5	860,3	1188,8	841,7	866,9	947,6	757,9	920,8	686,1	
Besitz- und Verkehrsteuern ⁷⁾	"	"	"	169,1	171,9	173,8	175,6	177,4	181,1	176,0	170,1	200,6	183,2	181,8	171,3	155,8	76,4	63,2	
Lohnsteuern	"	"	"	226,6	166,9	285,2	163,5	135,7	274,1	166,5	130,9	266,6	146,3	149,6	207,2	109,0	217,5	83,6	
Veranl. Einkommensteuern	"	"	"	314,9	313,6	317,6	323,3	271,7	356,1	360,7	361,9	427,7	323,6	321,8	356,1	329,5	340,9	383,2	
Umsatzsteuern	"	"	"	121,2	98,7	177,8	97,1	85,3	180,0	100,3	89,2	145,6	79,5	108,1	127,7	56,9	191,0	39,7	
Körperschaftsteuern	"	"	"	342,1	362,6	308,7	364,7	342,9	361,4	392,8	381,3	362,3	322,0	405,9	233,6	341,5	352,9	.	
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"																
Spareinlagen	DBR	Mill. DM	S	2362,5	2469,2	2584,4	2684,6	2751,3	2821,1	2901,5	3060,6	3240,2	3376,5	3498,3	3610,7	3702,3	3828,0	.	
Insgesamt	"	"	"	220,4	231,6	242,1	253,2	264,7	276,5	287,5	310,9	329,6	347,0	361,9	375,5	388,2	410,1	.	
dar. Kreditbanken	"	"	"	1631,9	1703,8	1784,9	1849,5	1888,6	1932,4	1984,5	2088,0	2206,5	2296,8	2379,8	2457,6	2520,4	2599,1	.	
Sparkassen	"	"	"	393,0	410,8	426,5	443,6	455,8	468,5	483,0	511,4	542,0	562,3	578,4	593,2	604,1	618,3	.	
Kreditgenossenschaften	"	"	"	71,9	76,5	82,8	88,1	91,1	92,1	93,7	94,4	103,3	109,5	115,5	119,4	123,5	.		
Postspark. u. Postscheckk.	"	"	"		+ 60,1	+ 83,6	+ 79,0	+ 51,3	+ 59,7	+ 70,3	+ 119,8	+ 150,7	+ 117,5	+ 108,4	+ 104,7	+ 85,2	+ 114,0	.	
Saldo der Ein- u. Auszahlungen	"	"	"																
Emissionen	DBR	Mill. DM	S	12,9	3,1	3,8	1,7	3,0	1,0	1,6	1,6	0,7	1,1	5,3	1,0	5,8	8,1	4,8	
Aktien	"	"	"	20,0	132,0	451,4	55,0	261,5	1,5	5,0	38,0	41,5	30,0	56,0	15,0	46,0	63,0	38,0	
Festverzinsliche Wertpapiere	"	"	"																
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute	DBR	Mill. DM	E	93,1	113,6	131,0	152,3	173,0	190,6	214,0	244,9	259,8	278,3	307,5	325,3	346,3	377,7	.	
Umlauf an Schuldverschreibung:	"	"	"	54,8	62,2	71,0	81,4	91,7	99,7	112,6	127,7	138,5	150,7	161,6	170,8	179,8	189,4	.	
Hypothekenbanken	"	"	"	35,8	48,2	56,2	65,0	74,2	83,3	92,1	106,3	111,7	119,7	138,0	146,4	157,6	177,2	.	
Öfftl. rechtl. Kreditanstalten	"	"	"	2,5	3,2	3,8	5,9	7,1	7,6	9,3	10,9	9,6	7,9	7,9	8,1	8,8	11,1	.	
Schiffspfandbriefbanken	"	"	"	177,2	222,8	283,8	392,9	482,6	586,0	684,3	828,0	917,5	1024,1	1148,8	1239,4	1336,4	1458,8	.	
Darlehensbestand, insgesamt	"	"	"	71,6	96,2	117,0	143,5	177,6	206,1	238,6	316,8	361,8	421,0	499,2	563,2	614,7	678,0	.	
Deckungsdarlehen	"	"	"	69,6	88,5	119,7	196,7	245,0	302,7	357,4	446,5	485,8	518,7	563,5	579,0	623,0	675,4	.	
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	36,0	38,2	47,0	52,6	60,0	77,2	88,3	64,7	69,9	84,5	86,1	97,2	97,8	105,5	.	
Sonstige Darlehen	"	"	"	67,6	89,3	116,1	93,2	96,4	88,8	108,8	98,0	111,5	130,5	153,1	170,9	180,0	226,9	.	
Sonstige Ausleihungen	"	"	"																
dar. Darlehen an Sparkassen	"	"	"																
Kreditsicherheit	DBR	Anzahl 1000 DM	S	.	10060	9497	9210	9450	9880	10772	11688	11598	13224	17370	17450	19895	20591	.	
Wechselproteste bei Landes- zentralbanken u. Geldinstitut. ⁸⁾	"	Anzahl	"	11669	9754	9490	9520	9387	10579	10820	10838	12535	15856	14833	15940	15073	15073	.	
Vergleichsverfahren	"	"	"	120	141	125	121	109	108	109	103	117	116	187	155	170	160	.	
Konkurse	"	"	"	307	301	319	259	271	268	275	282	328	361	422	301	393	404	.	
Aktienkursniveau	DBR	vH	D ¹¹⁾	7,28	7,34	7,40	7,65	7,70	7,70	7,73	7,73	7,73	7,74	7,69	7,68	7,70	7,67	7,62	
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien	⁹⁾ VWG		E	22,54	22,42	21,38	21,70	26,10	40,47	54,26	64,16	61,38	59,54	54,00	58,45	56,31	56,05	59,63	
Eisen- und Metallbearbeitung	"		"	31,27	31,21	30,39	30,32	33,76	45,89	54,93	62,51	64,83	63,76	59,58	61,35	60,45	62,35	62,53	
Sonstige verarbeit. Industrien	"		"	44,93	44,33	43,47	44,09	48,70	56,57	66,78	72,33	76,							